

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 12. Juni 2015 · Nr. 133/24 D3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,50 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Wachstum der Schwellenländer schwächt sich ab

wvp. WASHINGTON, 11. Juni. Die Wachstumsraten der Schwellen- und Entwicklungsländer werden nach Einschätzung der Weltbank auf Jahre hinaus geringer ausfallen als bislang. Das Wachstum in den betreffenden Staaten habe sich im vierten Jahr in Folge abgeschwächt, berichtet die Weltbank in ihrem neuen Konjunkturausblick. Die Organisation erwartet, dass die Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer in diesem Jahr lediglich noch um 4,4 Prozent zulegen. Für das Jahr 2016 rechnen die Weltbankökonominnen mit einem Wachstum von 5,2 Prozent, für 2017 mit 5,4 Prozent. Ein Grund für den vergleichsweise schwachen Ausblick ist die nach Ansicht der Weltbank noch in diesem Jahr zu erwartende Leitzinserhöhung durch die amerikanische Notenbank. Eine Zinserhöhung würde die Finanzierungskosten in den Schwellen- und Entwicklungsländern erhöhen und dazu führen, dass die Kapitalflüsse in jene Länder zurückgehen. Die Weltbank sieht darin eine ernste Gefahr vor allem für Länder, die ohnehin schon wegen der gesunkenen Rohstoffpreise um ihre Wachstumsperspektiven bangen. Die Wirtschaft der Staaten der Eurozone hingegen erhole sich schneller als erwartet. Der schwache Euro helfe der Exportwirtschaft. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)

Der Untote ist tot



Ausgesaugt – Ob die digitalen Eingeborenen eigentlich noch verstehen, welche überaus sinnlichen Qualitäten sich mit dem Urtrieb des Saugens verbinden? Heutzutage werden ja vor allem Daten abgesaugt, wird die allgegenwärtige Hardware mit Viren infiziert und die Software gleich mit,

um auch geheimste Informationen in den Datenrüsseln von Gott weiß welchen Mächten verschwinden zu lassen. Verglichen damit, waren die Blutsaugereien des Grafen Dracula, den niemand besser verkörperte als Christopher Lee, herrlich analog und geradezu ein Klacks. **Seite 11** Foto AKG

Die wahre Bedrohung

Von Nikolas Busse

Allmählich kommt heraus, dass der Deutsche Bundestag Ziel eines massiven Cyberangriffs war. Offenbar gab es noch nie eine Attacke dieser Größe auf eine Einrichtung des Bundes. Irgendjemand hat sich auf höchst professionelle Art und Weise Zugang zu den Computern verschafft, die im Zentrum des parlamentarischen Entscheidungsprozesses dieses Landes stehen. Es kann sein, dass wichtige politische Informationen, höchst vertrauliche Daten, sogar Staatsgeheimnisse in die Hände von Leuten geraten sind, die sie nie hätten sehen sollen. Offenbar lässt sich noch nicht einmal sagen, ob der Angriff überhaupt schon gestoppt ist. Die Informationstechnologie des Bundestags muss erneuert werden, vielleicht sogar zu großen Teilen.

Man weiß nicht so recht, worüber man mehr staunen soll: darüber, dass das Zentrum unserer Demokratie nicht besser geschützt ist, oder darüber, dass der politische Betrieb in Berlin mit diesem schweren Angriff auf sein Innenleben recht unkümmert umgeht. In den mehr als vier Wochen, die seit Entdeckung des An-

griffs vergangen sind, haben die Abgeordneten den Vorgang öffentlich behandelt, als seien ein paar Rechnerkabel locker. Die Verwaltung des Bundestags schweigt beharrlich, der sonst so redegewandte Bundestagspräsident äußerte sich erst sehr spät. Auf der linken Seite des Hauses wurde sogar die Aufklärung behindert, weil man dort den Verfassungsschutz für einen größeren Feind hält als fremde Spionageprogramme auf dem eigenen Bürocomputer.

Bei solchen Vorfällen ist es immer schwierig, den Urheber eindeutig zu identifizieren. Dass es aber Hinweise darauf gibt, dass der Angriff aus dem Ausland kommt, womöglich aus Russland, ist ein erschreckender Beleg dafür, wie sehr bei diesem Thema im Berliner Alltag an der Wirklichkeit vorbeiredet wird. Seit Jahren verläuft die politische Diskussion so, als gehe die größte Gefahr für die Datensicherheit vom deutschen Staat oder von dem amerikanischen Verbündeten aus. Binnen Stunden wird Zeter und Mordio geschrien, wenn nur der leiseste Verdacht gegen den BND oder die NSA aufkommt. Ohne Zweifel muss man auch die eigenen Dienste im Auge behalten. Die wahre Bedrohung im digitalen Zeitalter, so scheint es, kommt aber aus einer anderen Himmelsrichtung.

Frankreich blickt auf 2017

Von Michaela Wiegel

Frankreich rüstet sich für die Präsidentschaftswahlen. Erst in knapp zwei Jahren wird gewählt, aber es liegt schon ein Hauch von Fin de Règne über Paris. Die Parteien haben nur noch den Wahltermin im Frühjahr 2017 im Blick. Das französische Präsidentschaftsregime hat viel von seiner politischen Strahlkraft verloren, seine Ordnungsgewalt ist hingegen nicht geschwunden. Das gesamte politische Leben bleibt den Präsidentschaftswahlen unterworfen. Der nahende Wahltermin wirkt so disziplinierend, dass die beiden großen Parteien des linken und des rechten Lagers ihren Selbstzerstörungsprozess schlagartig beenden haben.

Gemessen an ihrer inneren Zerrissenheit, haben Sozialisten und Republikaner erstaunlich friedliche Parteitage organisiert. Bei den Sozialisten wagten die Frondeure vom linken Flügel den Aufstand nur beim Familienfoto: Sie blieben dem Gruppenbild zum Abschluss des Parteitags in Poitiers fern – die Partei hat schon gefährlichere Putschversuche erlebt: 2007, nach verlorener Präsidentschaftswahl, konnten sich die Sozialisten auf dem Parteitag in Reims nicht einmal auf einen Parteivorsitzenden einigen. In Poitiers aber wurde Präsident Hollande (in Abwesenheit) von seinen Parteifreunden mit großem Beifall bedacht. Das bestätigt die von Hollande gern zitierte Weisheit, dass das Schlimmste niemals sicher sei. Die düsteren Szenarien einer Abspaltung des Linksfügels und des Verlusts der Regierungsmehrheit für den glücklosen Präsidenten sind nicht eingetreten. Sein Orakel vom vergangenen Jahr, dass die Linke „sterben“ könne, zog Premierminister Valls in Poitiers zurück.

Beachtlich ist auch der wiedererwachte Selbsterhaltungstrieb der bürgerlichen Rechten. Der Gründungskongress der Republikaner unter Führung von Nicolas Sarkozy war aufgrund der Pflöcke für die Präsidentschaftsanwärter Alain Juppé und François Fillon vielleicht kein Glanzstück in Sachen Harmonie. Aber die Republikaner („Les Républicains“) schließen endlich das unrühmliche Kapitel der von Führungstreitigkeiten und Korruptionsskandalen gebeutelten UMP, die ohnmächtig dem Erstarken des Front National zusah.

Auch der Front National stellt sich mit Blick auf den Wahltermin 2017 neu auf. Parteichefin Marine Le Pen will ihren Vater per Urabstimmung vom Posten des Ehrenpräsidenten verdrängen. Die bislang von der Familienstippe beherrschten Parteistrukturen werden damit nicht demokratischer. Aber zumindest dürfte der bevorstehende Ausschluss des Parteigründers der Parteivorsitzenden erlauben, ihren ungeteilten Führungsanspruch zu festigen.

Für den Reformprozess in Frankreich verheißt der frühe Einstieg in den Wahlkampf indes nichts Gutes. Die politischen Verfallszeiten sind seit

dem im Jahr 2000 beschlossenen Verkürzung des Präsidentschaftsmandats von sieben auf fünf Jahre ständig geringer geworden. Die mitgliederschwachen Parteien büßten ihre Legitimität ein, den Präsidentschaftskandidaten im Alleingang zu bestimmen. Deshalb gehen dem eigentlichen Urnengang inzwischen offene Vorwahlen voraus. Damit wird der Wahlkampf verlängert. Auch Sarkozy, der sich lange sträubte, muss sich dem neuen Auswahlprozess unterwerfen. Hollande hofft, ohne Vorwahlen wieder antreten zu können. Deshalb will er es fortan den Linkswählern nur noch recht machen. Sein ohnehin geringer Reformelan droht in den kommenden Monaten vollends zu erlahmen. Auch der Gestaltungswille seines energi-

Der frühe Einstieg in den Präsidentschaftswahlkampf verheißt nichts Gutes: das Ende aller Reformen.

schen Premierministers ist im Regierungsgeschäft schwächer geworden. Zu allem Überfluss hat Valls Zweifel an seiner Rechtschaffenheit als vernünftiger Haushälter geweckt. Der Fan des FC Barcelona ließ sich im Regierungsflugzeug zum Endspiel der Champions League nach Berlin fliegen. Den Vergnügungsflug auf Kosten der Steuerzahler nehmen ihm gerade die Parteifreunde vom linken Flügel übel, die seinen Lobreden auf gesunde Haushalten noch nie etwas abgewinnen konnten.

Bei dieser politischen Gemengelage wäre es eine Überraschung, wenn sich die Linksregierung noch zu notwendigen Strukturreformen etwa bei der großzügigen Arbeitslosenversicherung und beim starren Arbeitsrecht durchringen könnte. Auch Einschnitte im aufgeblähten Beamtenapparat oder dauerhafte Kürzungen bei den Staatsausgaben sind bis 2017 nicht zu erwarten. Es kommt alles so, wie es der damalige Premierminister Jean-Marc Ayrault zur Verteidigung des Stabilitätspakts im Oktober 2012 in der Nationalversammlung versprochen hatte: Das neue, noch von Sarkozy unterzeichnete Vertragswerk werde die französische Budgetsouveränität nicht einschränken. Weder die Höhe noch die Verteilung der Staatsausgaben werde durch den neuen Stabilitätspakt verpflichtend geregelt, sagte Ayrault damals.

Dieser eigenwilligen Interpretation des europäischen Regelwerks ist auch die Regierung seines Nachfolgers konsequent gefolgt. Die Reformversprechen und Besserungsschwüre bei der Defizitkontrolle klingen längst wie ein Unterhaltungsprogramm für nachsichtige Europäer. Der Unmut unter den Franzosen aber wächst täglich und treibt Marine Le Pen immer mehr Anhänger zu.

Heute

Kein Paradies für Flüchtlinge

Wer der Armut in Bangladesch oder der Verfolgung in Burma entkommt, darf für den malaysischen Boom schufden. **Politik, Seite 3**

Leipziger Hass

Nach Exzessen von Gewalt soll eine Sonderkommission Linksextremismus Sachsen Aufklärung bringen. **Politik, Seite 4**

Ab in die neue Mitte

Mit dem Richtfest ist die endlose Debatte um das Berliner Schloss und das Humboldt-Forum beendet. **Feuilleton, Seite 9**

Die Schulden bleiben

Die Hypo Alpe Adria hat Kärnten in den Ruin gerissen. Und bei den Schuldnern ist viel zu wenig zu holen. **Wirtschaft, Seite 16**

Der neue Sonnenschein

Patrick Herrmann ist die Entdeckung des Länderspiels gegen Amerika, Lukas Podolski sein trauriges Spiegelbild. **Sport, Seite 28**

Fonds überstehen die Krise

Fünf Jahre nachdem offene Immobilienfonds in Schiefelage geraten waren, schwimmt die Branche wieder im Geld. **Immobilien, Seite 11**

Briefe an die Herausgeber **Seite 25**

Regierungskrise in Polen

ul. WARSCHAU, 11. Juni. Vier Monate vor der Parlamentswahl hat Polens Ministerpräsidentin Ewa Kopacz drei Minister und mehrere ranghohe Regierungsmitglieder entlassen. Auch Parlamentspräsident Radoslaw Sikorski kündigte am Mittwochabend seinen Rücktritt an. Nachfolger benannte Kopacz zunächst nicht. Am Mittwoch waren Ermittlungsakten zu der Abhöraffaire ins Internet gestellt worden, durch die vor einem Jahr Privatgespräche polnischer Politiker öffentlich wurden. (Siehe Seite 5; Kommentar Seite 8.)

Streit über Aufklärung von Hackerangriff auf Bundestag

Union für Beteiligung des Verfassungsschutzes / IT-System muss „neu aufgesetzt“ werden

elo./moja. BERLIN, 11. Juni. Der Wunsch des Bundestages, sein Computersystem möglichst unabhängig von der Sicherheitstechnik der Bundesregierung zu betreiben, hat es für Hacker womöglich leichter gemacht, ein für Mai in das System des Parlaments einzudringen und Daten zu entwenden. Während die Bundesregierung und die ihr nachgeordneten Stellen dem Informationsverbund Berlin-Bonn angehören, hat sich der Bundestag vor einiger Zeit dagegen entschieden, auch seine Internetverbindung vollständig über den Verbund einzurichten. Es gebe nur einen Strang zum IVBB, heißt es in Parlamentskreisen. Im Wesentlichen verlässt sich der Bundestag jedoch auf sein eigenes System. Der IVBB gilt als relativ sicher; er wehrt jeden Monat etwa

90 000 Angriffe auf Server des Bundes ab. Viele Abgeordnete haben aber verfassungsrechtliche Bedenken und wollen nicht, dass Parlament und Regierung denselben Zugang zum Internet benutzen. Nun wird einerseits überlegt, die Sicherheit durch eine stärkere Verknüpfung der Systeme zu verbessern. Andererseits gibt es in der Opposition den Wunsch, das System des Bundestages noch unabhängiger von dem Regierungssystem zu machen.

Vor allem Unionspolitiker forderten, Sicherheitsbehörden in die Aufklärung des Angriffs einzubinden. Der CDU-Abgeordnete Bernhard Kaster sagte, die Unionsfraktion wolle, dass alle Kompetenzen des Bundes genutzt würden. Das schließe auch „eine Begleitung durch den Verfassungsschutz“ ein. Dage-

gen wehrt sich die Opposition. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Linkspartei, Petra Sitte, sagte, das Bundesamt für Verfassungsschutz solle eigene Analysen durchführen. „Dazu ist weder ein Zugang zu den Räumen noch zu den internen Datennetzen und Rechnern notwendig und vorgesehen.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) teilte mit, der Verfassungsschutz werde „nicht innerhalb des IT-Systems des Bundestages tätig“. Der Schaden, der durch den Angriff entstand, ist so groß, dass das Computersystem des Parlaments mindestens in Teilen neu „aufgesetzt“ werden muss, was einen Austausch der Software bedeutet. Lammert sagte, nach bisherigem Stand bedeute das nicht einen Austausch der Hardware. (Siehe Seite 2.)

Tusk: Die Zeit der Athener Spielchen ist vorbei

Gespräche zwischen EU und Griechenland wieder ergebnislos / Merkel: Es zählt jeder Tag

wmu. BRÜSSEL, 11. Juni. In der EU wachsen die Zweifel, ob die Zeit für eine Einigung der internationalen Gläubiger mit Griechenland über die Bedingungen einer Freigabe weiterer Hilfskredite noch ausreicht. EU-Spitzenpolitiker appellieren am Donnerstag in Brüssel nach offenbar abermals weitgehend ergebnislos verlaufenen Treffen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras an die Regierung in Athen, ihren bisherigen Kurs aufzugeben und auf die Mindestforderungen der Gläubiger einzugehen. EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte, die Zeit der Spielchen sei vorbei. Tsipras müsse „ein wenig realistisch“ werden. „Was wir jetzt brauchen, sind Entscheidungen, keine Verhandlungen.“ Bis zum Treffen der Eurogruppe nächste Woche müsse eine Ein-

igung Athens mit den Gläubigern über die Verwirklichung finanz- und wirtschaftspolitischer Ziele auf dem Tisch liegen.

In der Nacht sprach Tsipras abermals mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande. Merkel sagte, es habe „absolute Einigkeit“ bestanden, dass Athen die Gespräche mit den Gläubiger-Institutionen – der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds – „mit hoher Intensität“ fortsetzen müsse. „Ich hoffe, dass dies auch den notwendigen Fortschritt bringt. Es zählt jetzt jeder Tag“, sagte Merkel.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der sich am Wochenende über nicht eingehaltene Zusagen von Tsipras geäußert hatte, traf am Don-

nerstag abermals mit diesem zusammen. Die Menschen würden langsam ungeduldig und er teile diese Ungeduld, sagte Juncker. „Die Kuh muss vom Eis, aber sie rutscht dauernd aus. Wir versuchen, sie heute wieder anzuschleichen.“

Die Verhandlungen werden durch ein neues Urteil des griechischen Verwaltungsgerichtshofs erschwert, wonach die vor drei Jahren in Kraft getretenen Rentenkürzungen verfassungswidrig sind. Das Urteil bedeutet nach Einschätzung griechischer Medien eine Zusatzbelastung für den griechischen Staat von 1,5 Milliarden Euro. In Brüssel hieß es allerdings, entsprechende Zahlungsverpflichtungen würden erst später fällig. Auf die laufenden Verhandlungen habe das Urteil daher keinen Einfluss. (Siehe Wirtschaft, Seiten 15, 18 und 23.)

Staatsanwalt: Lubitz war fluguntauglich

PARIS, 11. Juni (dpa). Der Kopilot der abgestürzten Germanwings-Maschine war nach Angaben des zuständigen französischen Staatsanwalts fluguntauglich. Andreas Lubitz sei niedergeschlagen, instabil und psychisch krank gewesen, sagte Staatsanwalt Brice Robin am Donnerstag in Paris. „Er war nicht mehr in der Lage, ein Flugzeug zu fliegen“, sagte Robin. Lubitz habe in den vergangenen fünf Jahren 41 verschiedene Ärzte konsultiert. Robin berichtete zudem von Augenproblemen des Kopiloten. „Andreas Lubitz sah zu 30 Prozent dunkel und hatte Lichtblitze wie bei einer Netzhautablösung.“ Er habe Angst gehabt, zu erblinden. Der Staatsanwalt kündigte Ermittlungen auch gegen Lufthansa und Germanwings an.

Freie Abstimmung über Homo-Ehe gefordert

ban. BERLIN, 11. Juni. Politiker von SPD, Grünen und Linkspartei wollen den Druck auf die Union erhöhen, das Institut der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. In einer Bundestagsdebatte forderten die Redner dieser drei Fraktionen die Führung der Unionsfraktion auf, eine Abstimmung im Parlament „freizugeben“. Seitens der Unionsfraktion wurde das abgelehnt. Der Bundesrat wird an diesem Freitag eine Entschließung verabschieden, in der von der Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesinitiative verlangt wird. Die Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Christine Lambrecht, versicherte, ihre Fraktion werde aus Koalitionsrason nicht gegen den Willen der Union stimmen. (Siehe Seite 2.)

Zhou Yongkang muss lebenslang in Haft

P.K. LANZHOU, 11. Juni. Als bislang ranghöchster chinesischer Politiker ist der einstige Sicherheitschef Zhou Yongkang wegen Korruption, Machtmissbrauchs und Geheimnisverrats zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sein persönlicher Besitz wird konfisziert. In einem Geheimprozess fiel das Erste Mittlere Volksgericht von Tianjin das Urteil überraschend am Donnerstag. Bislang war noch nicht einmal bekannt gewesen, dass das Gerichtsverfahren eröffnet worden war. Das Staatsfernsehen zeigte den 72 Jahre alten Politiker am Donnerstag mit gebeugtem Kopf. Vor laufender Kamera bekannte er sich schuldig und erklärte, er werde das Urteil nicht anfechten. (Siehe Seite 5; Kommentar Seite 8.)





Dieser Brocken wiegt nicht schwer auf den Schultern der Hauptstadt: Blick auf den Westflügel des Berliner Schlosses mit dem Haupteingang unter der rekonstruierten Kuppel von Friedrich August Stüler

Foto dpa

Mätschik Bukfeit

Lange haben wir nichts mehr von ihnen gehört. Von Charly und Birgit, Joe und Monika. Dämonen eines dschungelschönen Nachmittags im Jahre 1968. Ein Jahr eigentlich, in dem es immer nur Nacht zu sein hatte – aus dem einen Grund, weil alle an den Silberstreifen des kommenden Morgen glaubten. Morgen! Morgen! – war der Gruß jenes Jahres, in dem alle diesen Silberstreifen an das Ende der Nacht hatten. Ein Nachmittag, ein schwül gelähter gar, war damals nicht vorgesehen. Ihn besetzten Charly und Birgit, Joe und Monika, Protagonisten des wunderbaren feuchtheißen Theaterstücks „Magic Afternoon“ des Grazer Dramatikers Wolfi Bauer (1941 bis 2005). Er war damals siebenundzwanzig und glaubte an keine Gründe, keine Silberstreifen, kein Morgen. Nur daran, dass „nämlich die Wöld unhamlich schiach“ sei. Deshalb werfen sich Joe, ein Schriftsteller, dem nichts mehr einfällt, und Charly, ein Dramatiker, der mit Birgit Platten hört, während er kein Drama schreibt, außer ein Drama, in dem zwei auf der Bühne sitzen und Platten hören – sich unauffällig Bücher an die vom Alkohol, vom Hasch und von der „Manipuläschn“ erhitzten Birnen. Es fliegen durch die Luft: „Scheiß-Dürrenmatt, Scheiß-Pinter, Scheiß-Albee, Scheiß-Walser, Scheiß-Grass“, und dann („fröhlicher werdend“) steht in der Regieanweisung) „Scheiß-Ionesco, Scheiß-Beckett“, dann „eine abschließende Balgerei mit Klassikern: Scheiß-Goethe, Scheiß-Schiller usw.“ Bücher-schreiben als Füllselbst für die Lebensleeren und Grundlosen. Dass Joe von Birgit am Ende dieses „mätschik Bukfeit“ (um im Wolfi-Idiom zu bleiben) mit einem Messer abgestochen wird, ändert nichts an der Leere. Und leider auch nichts daran, dass „Magic Afternoon“ nicht mehr gespielt wird (dabei passte es mit seiner Gewalt der Ödnis und Grundlosigkeit so herrlich in viele spätere Zeiten!). Wenn aber jetzt die Nachricht kommt, es hätten im Keller des Pariser Musée Palais de Tokyo vierzig jugendliche Protagonisten, angetan mit eishockeytorwartähnlichen Helmen und Schutzanzügen, sich heftigst mit alten Büchern beworfen in einem „Mix aus Kampfsport und Aktionskunst“, dann könnte man ja fast wieder an das glauben, von dem niemand mehr glaubt, dass es das Theater noch hat: nämlich Wirkung. Auch wenn das noch so lange dauert. Man denke: Die Gespenster eines ziemlich ungespielten alten Grazer Stücks spuken nach Jahrzehnten im Pariser Untergrund! Zwar museal, aber immerhin. Nur dass Birgit und Charly, Joe und Monika damals in Graz keine Schutzanzüge hatten. Und es sich die vierzig Nachahmungsschlurser sehr bequem machen. Aber wenn der dortige Kampfrichter, Monsieur Duranton, meint, bedrucktes Papier sei ohnehin „nicht mehr als ein Code“ und der Bücherfight „eine Metapher zum digitalen Wandel“, und man so „Kultur neu inszenieren“ wolle – dann denkt man gerne an die schönste Szene aus „Magic Afternoon“ zurück. Da versuchen Joe und Charly, eine Weltkugel im Abort runterzuspülen. Die Welt aber bleibt, was sie ist. G.St.

Die neue Mitte von Berlin

Nach nur zwei Jahren Bauzeit feiert das Humboldt-Forum im Berliner Schloss heute Richtfest. Noch immer ist unklar, was neben den Dahlemer Sammlungen in dem riesigen Bau gezeigt werden soll. Aber die Debatte über das Schloss und seine Fassaden ist damit beendet.

Die Humboldt-Box ist geschrumpft. Neben dem Riesensaal, der seit letztem Jahr in ihrem Rücken gewachsen ist, erscheint sie als der Zwerg, der sie immer sein sollte. Der Auftrag der Box war, für das Humboldt-Forum zu werben. Noch ist es nicht da, aber seine Hülle, massig und hell, bestimmt schon jetzt das Stadtbild von Berlin. In vier Jahren soll dann auch der Inhalt fertig sein, dann hat die Box ihre Schuldigkeit getan. Bis dahin wacht der kleine Kubus neben dem großen wie ein Hündchen neben seinem Herrn.

Man kann die Probleme, die auf die Kuratoren und Intendanten des Forums in den nächsten Jahren zukommen, im Tassenspiegel der Humboldt-Box ziemlich gut erkennen. Denn die Box ist ein Erfolg. Ihr Dachcafé, ihre Aussichtsterrassen, ihr Obergeschoss mit Schlossmodell und Spendenautomat gefallen Berlinern wie Touristen. Schon zwei Jahre nach der Eröffnung hatte sie eine halbe Million Besucher. Was weniger gut funktioniert, ist die Ausstellung der Dahlemer Museen, der Humboldt-Universität und der Berliner Landesbibliothek in den mittleren Etagen der Box. Der Zweck der Präsentation besteht darin, das Patchwork aus ethnologischen, asiatischen und Uni-Sammlungen, das ins Humboldt-Forum einzeln sich anschaulich und plausibel zu machen. Das hat offensichtlich nicht geklappt.

Am heutigen Freitag nämlich, an dem der Baukoloss Richtfest feiert, ist die Museumsidee, die ihm Leben und Bedeutung einhauchen soll, noch fast genauso wolkig wie vor dreizehn Jahren, als sie per Bundestagsbeschluss absegnet wurde. Dass das zweite und dritte Obergeschoss einer modernisierten und multimedial aufbereiteten Zwillingspräsentation des Ethnologischen und des Asiatischen Museums aus Dahlem vorbehalten sein werden, stand seit langem fest. Die Planungen zu der neuen Dauerausstellung, die sich am Leitfaden der Kontinente entlanghangeln soll, sind nahezu abgeschlossen. Aber die entscheidende Frage, wie der zweistöckige Museumskomplex mit der bunten Event-

Ebene im Parterre verbunden werden soll in der sich, ob man sie nun „Agora“ nennt oder nicht, die Weltläufigkeit und Publikumsnähe des Humboldt-Forums überhaupt erst erweisen wird, ist noch nicht annähernd beantwortet.

Für das erste Obergeschoss des Humboldt-Forums, das als Nahtstelle zwischen der Agora und den Museen fungiert, waren bis vor kurzem drei ganz unterschiedliche Nutzungen avisiert. Im Südwestflügel wollte die Stiftung Preussischer Kulturbesitz ihre nur für Fachpublikum zugängliche Forschungsbibliothek für außereuropäische Kulturen unterbringen. Im Nordwestflügel, der einst den Weißen Saal, einen zentralen Geschichtsort des Wilhelmismus, beherbergt hat, sollte die Humboldt-Universität mit einem durch Ausstellungen, Veranstaltungen und Workshops bespielten „Labor“ von der Rolle der Wissenschaften im Alltag erzählen. Und den gesamten, fünftausend Quadratmeter umfassenden Ostflügel sollte das Land Berlin für eine Außenstelle der Zentral- und Landesbibliothek samt Medienpräsentation zur „Welt der Sprachen“ erhalten.

Im März dieses Jahres hat der Regierender Bürgermeister Müller diesen Plan gekippt und durch ein hastig zusammengestricktes Ausstellungskonzept unter dem Etikett „Welt. Stadt. Berlin“ ersetzt. Wie sich der historisch-politische Text- und Bil-

derreigen, zu dem das pompöse Projekt am Ende zusammenschultern dürfte, in den auf Bibliotheksbedürfnisse eingerichteten Sälen verwirklichen lässt, muss sich noch zeigen. Aber jenseits der praktischen Schwierigkeiten offenbart der Vorgang noch etwas anderes, Wichtiges. Er zeigt, wie weit es mit der vielbeschworenen Dreieinigkeit der Nutzer tatsächlich her ist.

Wenn es ernst wird, handelt jeder von ihnen nach eigenem Gutdünken, das Land Berlin genauso wie die Humboldt-Universität und die Preußenstiftung. Eben deshalb ist der erste Stock des Humboldt-Forums zu der Planungsruine geworden, als die er sich heute darstellt. Die Dreieinigkeit der Nutzungsansprüche, entstanden aus den Besitzverhältnissen am Schlossplatz und der Magie des Namens „Humboldt“, ist der Geburtsfehler dieses Projekts, ganz gleich, wie viele Brücken die Bundeskulturpolitik zwischen den verschiedenen Interessen noch schlagen wird.

Monika Grüters, die umtriebige Kulturstadtsministerin, hat auf die verfahrenere Lage reagiert, indem sie neben Neil MacGregor, dem Mann ihrer Wahl, den SPK-Präsidenten Parzinger und den Kunsthistoriker und Humboldt-Ordinarius Horst Bredekamp in die „Gründungsintendanten“ des Humboldt-Forums berief.

Wie stabil dieses Trio ist, wird sich spätestens dann zeigen, wenn MacGregor, der keine Institution, sondern nur das Ver-

trauen der Ministerin hinter sich hat, mit seinen beiden Mit-Intendanten in Konflikt gerät. Die Ankündigung, der Lichtbringer aus London sei für „zunächst zwei Jahre“ berufen, könnte sich dann rasch als tragische Prophezeiung erweisen.

Jenseits aller inhaltlichen Skepsis muss man die Stiftung Berliner Schloss – Humboldt-Forum und ihren Vorsitzenden Manfred Rettig zu der Leistung beglückwünschen, die sich in dem heutigen Richtfest dokumentiert. Die Stiftung hat als Bauherrin binnen zwei Jahren den Rohbau auf dem Schlossplatz erstellt und ist dabei im Kosten- und Zeitrahmen geblieben. Offenbar ist es in Deutschland immer noch möglich, staatliche Großprojekte ohne Planungs- und Finanzierungsprobleme zu bauen; man muss dazu, wie es in Wolfgang Petersens „Boo!“ heißt, einfach nur gute Leute haben.

Dass der Förderverein Berliner Schloss bisher nur ein gutes Drittel der für die Rekonstruktion der Barockfassaden, der Stülkuppel und der Hof-Risalite veranschlagten 105 Millionen Euro eingeworben hat, muss die Freude am Gelingen des Bauwerks nicht schmälern. Der Bund, der bisher keinen Cent für die barocken Repliken ausgegeben hat, wird im Notfall das Geld eben vorstrecken, denn die Fassadenteile, die Kartuschen über den Toren und selbst die Giebelfiguren können nicht nachträglich angebracht werden, sie gehö-

ren zur Statik des Gebäudes und müssen zur Eröffnung im Jahr 2019 fertig sein.

Damit kann man der Sache endlich den Namen geben, den sie verdient: Berliner Schloss. Denn was immer sich gegen die Planungen zum Humboldt-Forum sagen lässt – als Schloss ist der Bau schon jetzt ein Erfolg. Wenn man das Areal von der Straße Unter den Linden aus betrachtet, sieht man, dass die Simulationen des Fördervereins nicht übertrieben haben; Das Schloss beherrscht die Mitte Berlins. Aus der Nähe verbreitet der Bau schon in seiner jetzigen Betongestalt eine Aura von Größe und Würde, mit der selbst seine hartnäckigsten Befürworter nicht gerechnet haben können. Im Inneren läuft man durch lichte Galerien, deren Perspektiven den weltkulturellen Atem, der durch diese Räume wehen soll, von draußen einzusaugen scheinen. Aus den hohen Fensteröffnungen blickt man auf die Hauptstadt wie in ein Amphitheater: Die Museumsinsel, der Dom, der Fernsehturm am Alexanderplatz, das Nikolaiviertel, die Friedrichstadt, alles steht auf einmal am richtigen Platz, hat Maß und Proportion.

Natürlich wird das Gebäude, wenn es vollendet ist, nicht jeden dieser Durchblicke bewahren, das Licht wird gedämpft in die Räume fallen oder aus vielen ganz ausgesperrt sein. Aber die Großzügigkeit, mit der selbst die Museumssäle im Dachgeschoss angelegt sind, wird aus dem fertigen Bau nicht verschwinden. Seit Beginn der Planungen gab es Zweifel, ob die Dahlemer Museen im Berliner Schloss angemessen unterzubringen seien. In vier Jahren wird sich zeigen, dass sie nirgends besser untergebracht sind als hier.

Kann man ein verschwundenes Schloss wiederaufbauen? Das war die Frage, die seit fünfundsiebzig Jahren alle Architekten und Bauherren in Berlin beherrscht hat. Mit dem heutigen Tag ist sie beantwortet: Ja, man kann, und man braucht dafür weder Lokal- noch Nationalpatriotismus, nur Sorgfalt und Präzision. Seinen Inhalt muss das Berliner Schloss erst noch finden, seine äußere Form hat es jetzt bekommen. Es steht nicht mehr zur Debatte. Es steht. ANDREAS KILB

Süden, Süden, Osten

Goethe-Institut setzt auf Dialoge

Das Goethe-Institut bestimmt seine Rolle als Botschafter deutscher Kultur neu. Das zeigt sich auch an seinen Plänen für den „Süd-Süd-Dialog“ mit den Ländern Afrikas und Südamerikas: So hat das Institut das Kunstfestival „African Futures“ initiiert, das im Oktober in Johannesburg, Lagos und Nairobi stattfindet und im Juni 2016 nach Berlin kommt. Ein Internetportal „Music in Africa“ ist seit kurzem online. Im namibischen Windhoek wird das bisherige Sprachlernzentrum ab Dezember zum eigenständigen Institut. In der Ukraine will das Goethe-Institut seine Kooperation mit lokalen Kulturschaffenden fortsetzen. Für Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak werden in der Türkei und dem Nahen Osten Sprachkurse und Projekte angeboten, teilte das Institut in Berlin mit. F.A.Z.

Wann Se net bezahle, da werd nix vabummt

Deutsche Szene: Darmstadt feiert im zweihundertsten Geburtstagsjahr von Ernst Elias Niebergall den „Datterich“

Skandal in Darmstadt. Eine Theateraufführung wird gestört. Lauthals, mit Megaphon und antikem Chor. Junge Menschen in weißen Gewändern und goldenen Helmen verschaffen sich unter Protest des Publikums Eingang ins Große Haus des Staatstheaters, skandieren, auf Kothurnen stehend, Sätze wie „Ihr dürft den Datterich nicht spielen“, rufen irgendetwas von Schulden, wahrscheinlich haben sie David Graeber gelesen, und brüllen erregt aus dem Handgemenge mit Zuschauern heraus: „Enteignet Springer!“

Auf der Bühne gibt eine Laienspielgruppe, was sie angeblich nicht soll spielen dürfen, die Darmstädter Mundartkomödie „Der Datterich“ von Ernst Elias Niebergall. Die handelt, 1841 entstanden, zwar nicht von einem Opfer systemrelevanter Banken oder Hedgefonds – „Bezahle, wann mer Geld hat, des is kah Kunst: awer bezahle, wann mer kahns hat...“, sondern von einem Schnorrer, Säufer und Stiwesortelump. Und sie handelt trotz ein paar in den Sprechtext hineinaktueller Nebenbemerkungen über heutige

Griechen auch mehr von der damaligen Türkengefahr: „Mir erläwe's net, awer sie wern sähe, daß ich recht hob: in fußzig Jahr sinn mer all Derke!“ – „Der Deiwel, do derfe mer ja kahns Wei mehr drinke!“

Doch der Tiefsinn des medienkritischen Siebensorphenphilosophen Niebergall – selbst übrigens bei seinem Tod 1843 in der dreifachen Höhe seines Lehrerjahresallars überschuldet – entgeht den Protestierern. Niebergall lässt seine Figuren, voran den Drehermeister Dumbbach, unter dem Einfluss von Zeitungslektüre Sätze sagen, die mehr logische Fehler als Hauptworte enthalten. Die krawallige Happening-Truppe, als die sie sich herausstellt, die auf dem Darmstädter Datterich-Festival auch genehmigte Auftritte gibt, hat nur eine Volltextsuche unternommen: wo von Schulden die Rede ist, muss es um den Kapitalismus gehen. „Gott, was gehn die Limmel mit dem scheene Gedicht um!“ hätte der Datterich gesagt.

Das Liebhaberensemble seinerseits geht sehr ordentlich mit dem schönen Lustspiel vom überschlauen Trinker und eigen-

nützigen Heiratsvermittler um. Die Prominenz hat ihre Hausaufgaben gemacht. „Fokus“-Gründer Helmut Markwort, der den Dumbbach gibt, ist als Rampensau (Jedermann, My Fair Lady, The King's Speech) wohl bekannt. Heinz Holzhauer, ebenfalls seit mehr als siebenzig Jahren Darmstädter von Beruf, Rechtsprofessor im Ruhestand und Schulfreund Markworts, spielt den Titelhelden – „Ich dausch mit kaam Kurterscht“ – dialektfest. Sehr solide, mimisch wie im Akzent, die Leistung von Mathias Döpfner, auch er aus der Verlagsbranche, der als Bennelbacher das berühmte darmstädterische „wahrscheinlich“ auszusprechen hat. „Ehr wie net“ (Eher als nicht). Hochkomisch die (freiwillige?) Geste Uwe Wesps als Schneider Steifschächter: Der ehemalige ZDF-Meteorologe, der ein Leben lang mit dem Rücken zur Wetterkarte stehen musste, spielt hier komplett mit dem Rücken zum Publikum, weil jemand den Stuhl in Datterichs Mansarde halt so hingestellt hat und Wetterfrosche nichts an Requisiten ändern. Als halbblinder, klöbiger Schuster Bengler muss Frank Leh-

mann, einst Börsenmoderator vom Hessischen Rundfunk, ein bisschen oft sagen, er werde die Außenstehenden des Datterich mit dem Prigel quitiieren. Häufiger sind nur noch die Anspielungen aufs Darmstädter Fußballwunder.

Doch auch Lehmann kommt mit der seltsamen Aufgabe zurecht, die Niebergall den Schauspielern stellt: Fast keine Figur ist sympathisch, die Biedermeier-Gemeinschaft hat Datterich in puncto Verstand nichts und auch sonst wenig voraus als ihren Besitz, und selbst Lisette, das Kellnermädchen, ewig jung: Inge Kelle bringt ziemlich viel unnötige Häme auf, wenn dem Zechpreller anderes als Wein geschenkt wird. Ernst Blochs Hinweis, man müsse die letzten Worte des Stücks – „Schadd, daß Ahns beim Hochzeits-schmaus fehle muß“ – „Ich wißt nit. Wer?“ – „De Datterich“ – richtig hören, um zu wissen, wie es zu inszenieren sei, hätte vielleicht noch mehr beachtet werden können. Denn der Datterich und sein Schatten Spirwes, sehr trocken Frank Sabais, „erfreie sich eines iwwele Rufs“ in einer

Gemeinschaft, deren guter mehr auf Trägheit und Kleinmut gründet als auf Tugend.

Variante reich ist hier nur einer, weil er der im Dialekt jederzeit möglichen Schlagfertigkeit wirklich bedarf. Datterich hat keinen Charakter, er ist der Schauspieler im Schauspiel, der weder mit dem bezahlt, was er tut, noch mit dem, was er ist – er zahlt überhaupt nicht. Was den Bürgern Gewohnheit – das Herumsitzen bei Karten, Wein und Selbstlob – ist sein tägliches Pensum, weil ihm die Mittel fehlen, auch nur ein gewöhnliches Leben zu führen. Ihm wird nichts geschenkt und nichts geliehen („vabummt“). Er hat nichts als seine Rhetorik („aurora musis amica, des haaft uf Deitsch: Morjends schläft mer am Beste“), sein Personengespiß („Den kennst mer vielleicht melke“) und seine Unzuverlässigkeit: Lisette spricht von seinen „grauen Katzenauge“. So abgründig konnten die Laien es nicht spielen, aber eine Ahnung davon, dass es so abgründig ist, bekam man schon. JÜRGEN KAUBE

Die lange Nacht des Datterich begeht Darmstadt vom 13. Juni, 14 Uhr, bis 14. Juni, 22 Uhr.

Übersetzerlob

Wieland-Preis an Ulrich Präfrock

Der Christoph-Martin-Wieland-Übersetzerpreis geht in diesem Jahr an Ulrich Präfrock. Erstmals war die Auszeichnung speziell für Comic-Übersetzungen ausgeschrieben worden, und mit dem 1955 geborenen Freiburger erhält der Richtige den Preis. Präfrock ist seit dem Tod seines Kollegen und Freundes Kai Wilkns zum wichtigsten Übersetzer französischsprachiger Comics – und damit der interessantesten Comic-Kultur – geworden. Zu den von ihm ins Deutsche gebrachten Autoren zählen Christophe Blain, für dessen gemeinsam mit Abel Lanzacs geschriebenen Comic „Quay d'Orsay“ Präfrock den Wieland-Übersetzerpreis erhält, aber auch Manu Larcenet und Émile Bravo, drei der besten Comic-Künstler der Gegenwart. Die seit 1979 alle zwei Jahre verliehene Auszeichnung ist mit 12.000 Euro dotiert; sie wird am 2. Oktober in Biberach an der Riß, Wielands Heimatstadt, verliehen. apl